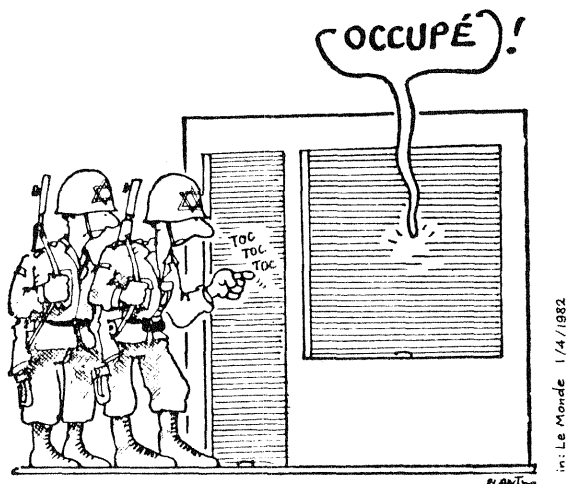


# Araber in Palästina

## Vorbemerkung:

Ehe ich über meine Erfahrungen in Palästina schreibe, ein Land, in dem ich seit 1961 ohne Unterbrechung jedes Jahr ein, zwei oder drei Wochen zugebracht habe, möchte ich ausdrücklich folgendes festhalten: Von Beobachtungen und Erfahrungen reden, die für den Staat Israel unvorteilhaft sind, ja manchmal Empörung hervorrufen, hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Wenn Gerechtigkeit, Menschenrechte, internationale Gepflogenheiten, Gebräuche und Abmachungen verletzt werden, so darf und muß man das sagen, ganz gleich, in welchem Land und in welchem Erdteil dies geschieht. Kritik am Staate Israel und Respekt vor dem Judentum, vor seinen religiösen und künstlerischen Leistungen schließen sich nicht aus. Wünschenswert und lobenswert würde es sein, wenn vom Staate Israel nur Gutes zu berichten wäre.



Als ich vor einigen Wochen in Jerusalem ankam, in der Altstadt, im gleichen Haus, in dem ich jedes Jahr wohne, vermißte ich Abu Ibrahim, der immer vor seinem armseligen Lebensmittelgeschäftchen herumlungerte und mir zur Begrüßung, seinen uralten türkischen Fez auf dem Kopf, einen schmierigen Kuß auf die Hand drückte. Am nächsten Tag, als wir bei einer Tasse Tee saßen und über Altes und Neues sprachen, sagte ich: "Was ist mit Abu Ibrahim, man sieht ihn nicht in der Straße?" - "Abu Ibrahim? Er ist tot. Man hat ihn ermordet. Einbrecher haben ihn umgebracht und alles Brauchbare im Haus gestohlen." - "Wer hat ihn umgebracht? Hat die Polizei die Mörder gefunden?" - "Die Polizei findet keine Mörder. Sie nimmt die Sache zur Kenntnis, das ist alles. Es handelt sich ja nur um einen Araber." - "Sind seine Söhne aus Amerika zurückgekommen?" - "Das können seine Söhne nicht. Sie mußten ja unterschreiben, daß sie nicht mehr nach Palästina zurückkehren. Nur die Tochter kam und hat die alte, um den Verstand gebrachte Mutter mitgenommen."

So waren wir also schon wieder mittendrin in den Problemen, die das Leben der Araber in Palästina so schwer machen. Ich möchte hauptsächlich über die Lage in Cisjordanien sprechen, das die

Amerikaner West Bank nennen und die Israelis seit Begin "Judäa und Samaria", um damit anzudeuten, daß dieser seit 1967 besetzte Teil Jordaniens ihrer Meinung nach aus historischen Gründen zum Staate Israel gehören müsse. Die Lage der Araber im eigentlichen Israel, so wie es seit 1948 als Staat besteht, ist etwas besser, aber alles andere als zufriedenstellend. Der Paß der arabischen Israelis hat eine andere Farbe als der Paß der jüdischen Israelis, und dieser Unterschied ist das Signal für eine ganze Reihe diskriminatorischer Behandlungen. Ein Beispiel nur: die politischen Parteien Israels nehmen keine Mitglieder an mit arabischer Paßfarbe. Einzige Ausnahme: die kommunistische Partei. Daher kommt es, daß der christliche Bürgermeister der arabischen Stadt Nazareth gelegentlich als Kommunist verschrien wird. Daß der Mann, wenn er auf der politischen Bühne seines Staates den Mund öffnen will, überhaupt keine andere Wahl hat, das wird meistens verschwiegen.

Problem Nummer eins, das die Leute so niedergeschlagen macht: das Gefühl der Unsicherheit, des Verlassenseins. Ob sie nun zu Jordanien und König Hussein halten oder sich zur P.L.O. bekennen, sie wissen, daß beide im Augenblick nichts für sie tun können. Sie erwarten nichts von den vagen Bemühungen der Ägypter im Rahmen der Camp-David-Abkommen, und schon gar nichts von Amerika. Die von Begin befürwortete "Autonomie" lehnen sie rundweg ab. Sie sehen darin nur einen Versuch der Israelis, sich ihrer Verantwortung für die besetzten Gebiete zu entziehen, ohne den Arabern aber auch nur einen Anschein von nationalen Rechten zu gewähren. Die von den Arabern legal gewählten Stadtbürgermeister wurden alle, bis auf einen, von den Israelis abgesetzt. Nur Elias Freij in Bethlehem ist noch auf seinem Posten. Wie lange noch?

Die Leute sind schutzlos. Andauernd werden Grundstücke beschlagnahmt, teils um Wehrdörfer und Kibbutzim im besetzten Gebiet einzupflanzen, teils um Wohnblöcke, ganze Wohnviertel, ja ganze Satellitensiedlungen rings um die arabischen Städte anzulegen. Ganz Jerusalem ist jetzt von solchen Siedlungen umgeben, Wohnungen für Tausende und Abertausende. Ja, in der Wüste Juda, von Jerusalem nach Jericho hinunter, findet man jetzt schon fünf Kibbutzim, die nichts anderes sind als "cités-dortoirs", und deren Sinn darin besteht, die israelische Präsenz bis in den nackten Sand hineinzu-schreiben. "Wo kommen denn diese Siedler her, da ja seit ein paar Jahren die Einwanderung von Juden nach Israel geringer ist als die Auswanderung von unzufriedenen Israelis?" habe ich gefragt. Die Regierung tut alles Mögliche, um diese Siedlungen zu bevölkern. Wer sich bereit erklärt, im besetzten Gebiet zu wohnen, bekommt auf Jahre hinaus Steuerermässigungen (das ist sehr verlockend, denn der israelische Bürger ist einer der "eifrigsten" Steuerzahler der Welt) und viele andere Begünstigungen und Zuschüsse, freien Transport, mehr Kindergeld und dergleichen. Die Eigentümer der beschlagnahmten Grundstücke werden entschädigt, falls sie im besetzten Gebiet leben. Viele von ihnen aber fristen irgendwo in Jordanien oder Libanon oder sonstwo ein erbärmliches Leben in einem

Flüchtlingslager. Diese werden natürlich nicht entschädigt.

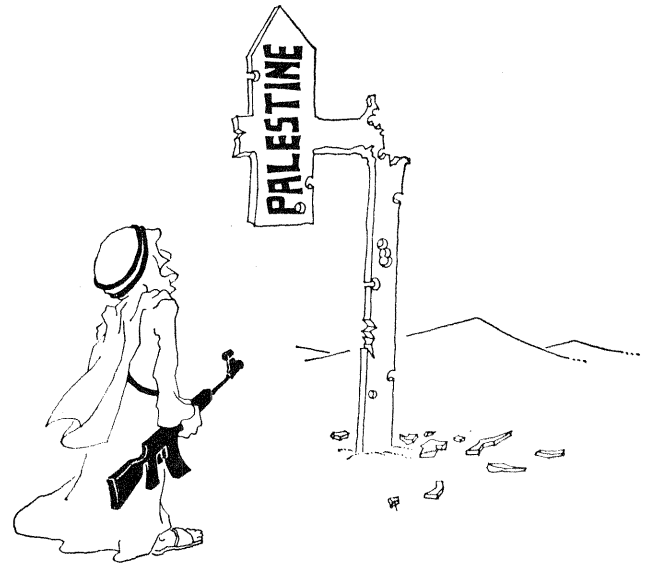
Im besetzten Gebiet ist es seit etwa zwei Jahren den Arabern verboten, Brunnen zu graben oder bestehende Brunnen zu vertiefen. Jüdische Siedler dagegen dürfen Brunnen graben und so tief graben, wie sie wollen. Mehrere arabische Dörfer haben seither kein oder nicht mehr genügend Trinkwasser, weil im neuen Kibbutz nebenan die intensive Wasserentnahme den Grundwasserspiegel senkt. Ein Drittel aller Quellen in Cisjordanien wird jetzt schon nach dem eigentlichen Israel abgeleitet. Beim deutschen Pilgerseelsorger traf ich zufällig den Dorfbürgermeister von Zababdi, einem Dorf nördlich von Naplus. Er wollte sich erkundigen, ob ihm aus Deutschland Hilfe kommen könne, Wasserleitung und Elektrizitätsleitung seines Dorfes müssen ausgebessert werden. Zababdi hat während vier Stunden am Tag elektrischen Strom. Israel kümmert sich nicht um die Elektrizität in den arabischen Dörfern. "Unter den Jordanern", sagt der Bürgermeister "hatten wir auch nur ein paar Stunden täglich Strom. Aber damals wurden jedes Jahr in einigen Dörfern die Zustände verbessert, bis zu Zababdi war es leider noch nicht gekommen. Aber damals gab es nicht gleich neben unserm Dorf einen Kibbutz, der Tag und Nacht elektrisches Licht hat."

Kürzlich hat der Oberrabbiner öffentlich vorgeschlagen, daß israelische Firmen den arabischen Arbeitern für gleiche Arbeit den gleichen Lohn geben sollen, den israelische Arbeiter erhalten. Das war bis dahin nicht der Fall. Aber der Oberrabbiner fährt dann fort: "Dann werden nämlich die israelischen Arbeitgeber keinen Grund mehr haben, vorzugsweise Araber einzustellen. Folglich werden Araber arbeitslos, und da sie keine Arbeitslosenentschädigung erhalten, werden sie gezwungen sein, auszuwandern."

Jeder Araber, der an Ausreise denkt, wird von Israel wärmstens unterstützt. Man bezahlt ihm die Reisekosten, unter der Bedingung, daß er sich verpflichtet, nicht mehr in seine Heimat zurückzukehren. Viele, denen das Leben in Palästina und die Zukunft ihrer Kinder hoffnungslos erscheinen und die irgendwo in Kanada, in den Vereinigten Staaten oder in Australien einen Verwandten, einen Freund oder einen früheren Nachbarn haben, entschließen sich schweren Herzens zur Ausreise. Im Jahre 1948 gab es in Jerusalem 45 000 Christen. Heute sind noch 10 000 übriggeblieben. Die entsprechenden Zahlen bei den Mohammedanern kenne ich nicht, das Verhältnis dürfte ungefähr das gleiche sein.

Die Kinder von denen, die geblieben sind, haben kaum Aussicht auf höhere Schulbildung. An der hebräischen Universität in Jerusalem dürfen nur Araber aus Israel studieren, keine Studenten aus den besetzten Gebieten. Aber auch für die ersten besteht ein "numerus clausus" an den meisten Fakultäten, z. B. Medizin und Rechtswissenschaften, und dieser "numerus clausus" ist beschämend gering. Von einigen technischen Fakultäten sind Araber von vornherein ausgeschlossen. Studenten der West Bank finden manchmal, wenn sie besonderes Glück haben, einen Studienplatz und eine Börse im Ausland. Aber dann kann ihnen geschehen, was Doktor Fawsi B. zustieß, der in Salamanca in Spanien Medizin studierte. Nach Abschluß seiner Studien verweigerte man ihm die Aufenthaltsgenehmigung in seiner eigenen Heimat. Er sei zu lange im Ausland gewesen und bei der Volkszählung nicht erfasst worden. Und weil er keine Aufenthaltsgenehmigung hatte, bekam er auch keine Arbeitsgenehmigung. Über ein Jahr dauerte es, bis ihm endlich gestattet wurde, eine ärztliche Praxis zu eröffnen

- inzwischen lebte er mit einem befristeten Touristenvisum, das immer wieder erneuert werden mußte!



Le Monde 1974

Für Araber der West Bank gibt es zwei Universitätsembryos, eines in Bir Zeit bei Ramallah und seit zwei Jahren ein zweites in Bethleem. Beide haben nur einige Fakultäten. Und beide sind das halbe Jahr über geschlossen. Wegen "Studentenunruhen". Es genügt, daß patriotische Lieder gesungen werden, oder daß ein paar brennende Autoreifen auf der Einfahrt zum Campus liegen, wenn israelische Kontrolle kommt - dann werden mitten im akademischen Jahr die Vorlesungen auf Wochen hinaus verboten. So wie es auch genügt, daß ein zehnjähriger Bub einen Stein wirft gegen einen vorbeifahrenden Militärwagen, - dann wandern wieder Väter und erwachsene Brüder nach Ramleh ins Gefängnis oder in das berühmte Gefängnis Moskowa in Jerusalem. Auf ein paar Tage oder ein paar Wochen, manchmal auch länger. (Hierzu sollte man das Buch von Felicia Langer lesen: *Avocate israélienne, je témoigne*. Editions sociales).

Zum Schluss möchte ich erzählen von Abu Khodr, der in Amman Taxichauffeur ist. Als ich merkte, daß er ein "Falestin" sei, ein Palästinenser (Falestin kommt von Philister, und nach diesen alten Philistern hatten die Römer ihre Provinz Palästina genannt, - das zeigt darauf hin, daß in diesem Lande niemals nur Juden wohnten), fragte ich ihn, ob er in Jordanien genug verdiene, um mit seiner Familie anständig leben zu können. "Ja" sagte er, "das kann ich. Aber das ist nicht das Wichtigste. Das Wichtigste ist die Frage, die ich mir Tag und Nacht stelle, seit Jahren. Die Frage ist: warum kann ich, Abu Khodr, nicht in meinem Haus in Jaffa leben?" Und dann erzählte er. Sein Großvater hat in Jaffa ein Haus gebaut. Sein Vater ist in diesem Haus geboren. Sein Großvater und sein Vater sind in diesem Haus gestorben. Er ist in diesem Haus geboren und auch sein ältester Sohn. Seit 1948 wohnt ein fremder Mensch in seinem Haus. "Warum" sagt er "kann ich nicht in meinem Haus, mit meiner Familie, in meiner Heimat wohnen? Warum?" Auch ich konnte Abu Khodr keine Antwort geben. Es gibt die Menschenrechte, es gibt die Genfer Konvention, es gibt die Uno-Charta. Aber es gibt keine Antwort auf Abu Khodrs Frage.

Marie-Anne Margue